

Von Aaron Agnolazza

BaZ: Herr Haller, die Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) des Grossen Rates hat sich darauf geeinigt, dass beim Kantonspersonal anstelle von 10,4 Millionen Franken nur etwas mehr als die Hälfte gespart werden soll. Weshalb?



Christophe Haller: Wir hatten in der WAK zwei etwa gleich grosse Lager. Das eine plädierte für die Variante der Regierung, das andere wollte den Vorschlag des Regierungsrats zurückweisen. Damit sahen wir uns mit der Situation konfrontiert, dass die eine oder andere Seite als Verliererin dastehen würde. Daraufhin einigten wir uns darauf, einen Kompromiss auszuarbeiten, der für beide Seiten akzeptabel ist und im Parlament Chancen hat. Nach vielen Sitzungen konnten wir dann ebenjenen Kompromiss präsentieren. Dieser sieht vor, dass die Angestellten zwei Drittel der Nichtberufsunfallversicherungsprämie übernehmen und es zu einer moderaten und modernen Anpassung bei den Dienstaltersgeschenken kommt.

Welches sind die Unterschiede Ihres Kompromisses im Vergleich zum Vorschlag der Regierung, der Einsparungen von 10,4 Millionen Franken vorsieht?

Bis jetzt zahlten die Angestellten ein Drittel der Nichtberufsunfallversicherung (NBU) und der Arbeitgeber zwei Drittel. Dieses System kehren wir jetzt um. Und bei den Dienstaltersgeschenken modernisieren wir die Anstellungsbedingungen, indem bereits ab fünf Dienstjahren Mitarbeitende in den Genuss von Ferientagen kommen. In Ihrem Bericht begründen Sie stellvertretend für die WAK, dass das Risiko eines Referendums gross gewesen wäre. Eines, das Sie nicht eingehen wollten?

Die Gefahr, ein Referendum in Personalfragen zu verlieren, ist im Kanton Basel-Stadt relativ gross. Nicht zuletzt deshalb, weil das Kantonspersonal zusammen mit den Angehörigen einen beträchtlichen Anteil der Stimmbevölkerung ausmacht. Von bürgerlicher Seite hiess das Credo also: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Aber auch für die Linke ist das Risiko gross. Ein verlorenes Referendum wäre da schwer zu verkraften.

Wenn bei Bildung, Skilagern und Behinderten gespart wird, weshalb dann nicht auch beim Kantonspersonal?

Als WAK-Präsident ist es meine Aufgabe, die entsprechenden Geschäfte bestmöglich zu behandeln. Im konkreten Fall müssen wir zwar einerseits dafür sorgen, die Belastung für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Andererseits müssen wir aber auch für moderne Anstellungsbedingungen sorgen, damit der Kanton ein attraktiver Arbeitgeber ist.

«Die Gefahr, ein Referendum in Personalfragen zu verlieren, ist gross.»

Die WAK will bei Dienstaltersgeschenken und der NBU entgegen der Regierung also weniger sparen. Wo sehen Sie Möglichkeiten für das Personal, um entsprechend einer Opfersymmetrie an die Sparmassnahmen beizutragen?

Da kann ich nur meine persönliche Meinung sagen. Wenn man sich den Bericht des Forschungsinstituts BAK Basel zur Generellen Aufgabenprüfung genauer anschaut, zeigt die Analyse klar, dass es in der Verwaltung durchaus noch Effizienzpotenzial gibt. Mit dem von der WAK vorgeschlagenen Kompromiss setzen Sie nun das ganze

Entlastungspaket 2015–2017 aufs Spiel, das jährliche Einsparungen von 69,5 Millionen Franken pro Jahr vorsieht.

Diese These teile ich nicht. Das ganze Entlastungspaket besteht aus vielen einzelnen Massnahmen, die einzeln beurteilt werden. Das hat dazu geführt, dass es beispielsweise bei den Beihilfen nicht wie vorgesehen zu Einsparungen kommen wird. Als weiteres Beispiel könnte man die Subventionen für das Sportmuseum anführen. Damit gibt es das ganze Entlastungspaket bereits nicht mehr.

Sollte die Variante der Regierung durchkommen, die Einsparungen von 10,4 Millionen Franken fordert, ist das Referendum laut dem VPOD trotzdem «gewiss». Wie zuversichtlich sind Sie, dass Ihr Kompromiss heute eine Mehrheit findet?

Ich hoffe natürlich schwer, dass es uns über die Parteigrenzen hinweg gelungen ist, die Parlamentarier von diesem Kompromissvorschlag zu überzeugen. Es steht zwar noch ein weiterer Vorschlag der GLP im Raum, welcher dem der Regierung sehr ähnlich ist und auf gewisse Sympathien stossen dürfte. Zudem wird auch ein Rückweisungsantrag gestellt. Ich persönlich werde mich jedoch für den Vorschlag der WAK einsetzen, da alle mit diesem einigermassen leben können.

Gegen Sparen auf Kosten der Kantone

Regierungsrat kritisiert Pläne des Bundesrats

Basel. Weil der Bundesrat mit der starken Aufwertung des Frankens um bis zu fünf Milliarden Franken tiefere Einnahmen erwartet, hat er für die Jahre 2017–2019 ein Programm erarbeitet, das die Finanzlage des Bundes stabilisieren soll. Der Plan sieht vor, im Jahr 2017 knapp 800 Millionen und in den Jahren 2018 und 2019 rund eine Milliarde Franken einzusparen. Um dies zu erreichen, sind insgesamt 25 Massnahmen vorgesehen.

In seiner Vernehmlassungsantwort unterstützt der Regierungsrat grundsätzlich den Willen des Bundesrats, ein strukturelles Defizit zu vermeiden. Doch lehnt er Sparmassnahmen ab, die auf Kosten der Kantone gehen, «nicht mit den momentanen Herausforderungen vereinbar sind oder nicht beurteilbare Folgen für die Kantone haben». In diese Kategorien fallen die Sparmassnahmen im Bereich der Ergänzungsleistungen AHV/IV, der Migration und Integration, der Prämienverbilligung sowie der Bildung, Forschung und Innovation.

Schweizer Führungsrolle

In erster Linie lehnt es der Regierungsrat ab, dass rund 555 Millionen Franken bei Bildung, Forschung und Innovation gespart werden sollen. Sein Argument: Die Schweiz dürfe in diesem Bereich ihre Führungsrolle durch Sparmassnahmen nicht strittig machen – vor allem nachdem durch die Masseneinwanderungs-Initiative bereits der Zugang zum europäischen Forschungsraum erschwert sei.

Auch lehnt es der Regierungsrat ab, dass der Bund seinen Beitrag an der Prämienverbilligung um rund 75 Millionen Franken kürzen will. Denn die Ergänzungsleistungsreform sei weder abgeschlossen, noch sei klar, ob die Kantone überhaupt davon profitieren werden.

Und ebenso findet der Regierungsrat, es sei der falsche Zeitpunkt, Sparmassnahmen im Bereich Migration und Integration vorzunehmen. Im Jahr 2015 sei eine starke Zunahme von Asylgesuchen registriert worden, und auch im aktuellen Jahr werde mit keiner Abnahme der Flüchtlingsströme gerechnet werden können. Der Bund sollte – wenn schon – die Kantone und Gemeinden bei deren Integrationsmassnahmen zusätzlich unterstützen, aber sicher nicht belasten. Denn eine erschwerte Integration führe langfristig zu höheren volkswirtschaftlichen Kosten. hei

Als Frauen endlich stimmen durften

30 Institutionen planen 60 Veranstaltungen zum Frauenstimmrecht-Jubiläumsjahr



Plakative Argumente. Als erster Kanton in der Deutschschweiz führte Basel-Stadt im Juni 1966 das Frauenstimmrecht ein. Historische Plakate zum Thema sind jetzt in der Plakatsammlung der Schule für Gestaltung Basel zu sehen.

Von Franziska Laur

Basel. Basel-Stadt hat ein besonderes Jubiläum zu feiern: Als erster Kanton der Deutschschweiz wurde vor fünf Jahrzehnten das Frauenstimmrecht angenommen. Doch dass der Weg steinig war, zeigen nicht zuletzt historische Plakate, die zurzeit in der Plakatsammlung der Schule für Gestaltung Basel ausgestellt sind.

«Alle Schweizer sind vor dem Gesetz gleich», so stand es auch vor 1966 in der Verfassung. Der kleine Unterschied: Mit «Schweizern» waren nur Männer gemeint. So war eine Verfassungsänderung nötig, um den Frauen das Stimmrecht einzuräumen. Andrea Maihofer, Gender-Forscherin an der Uni Basel, erläuterte gestern an einer Medienkonferenz, dass dieser Umstand den Weg zum Frauenstimmrecht verkompliziert habe. Erst im Jahr 1966 war es so weit. Das «patriarchale und männerbündische Verständnis» habe den Prozess verlangsamt, sagte Maihofer. Damals sei den Frauen die rationale Fähigkeit und das Interesse an politischen Themen abgesprochen worden.

Dass Gleichberechtigung heute noch eine Baustelle ist, sagte Sibylle von

Heydebrand, Präsidentin des Vereins «1966–2016: 50 Jahre Frauenstimmrecht im Kanton Basel-Stadt». Immer noch seien Frauen auf allen politischen Ebenen untervertreten. Der Anteil der Kandidatinnen betrage nur ein Drittel, ihre Medienpräsenz lediglich einen Viertel, während männliche Kandidaturen drei Viertel der Berichterstattung und Redezeit im Vorfeld von Wahlen für sich verzeichnen können.

Mit kleinen Schritten voran

Ein weiterer Knackpunkt sei der Arbeitsmarkt, sagte von Heydebrand. Dort gehe man noch immer davon aus, dass der Mann Vollzeit arbeitet, während sich die Frau hauptsächlich um Kinder und Haushalt kümmert. So sei fast jede fünfte Frau in der zweiten Säule nicht versichert, da sie den BVG-Mindestlohn nicht erreiche, und der Frauenlohn sei durchschnittlich 21 Prozent tiefer. Der nicht erklärbare Teil dieses Lohnunterschieds liege gemäss Bundesamt für Statistik bei 8,7 Prozent.

Sibylle von Heydebrand wittert jedoch auch Morgenluft. In den vergangenen Jahren habe sich die Situation für Frauen verbessert. «Die Baustellen sind erkannt, die Sensibilisierung ist im

Gange.» Doch ginge alles noch sehr langsam.

Der Historiker Georg Kreis ging in seinem Rückblick auf die verschiedenen Anläufe zur Einführung des Frauenstimmrechts ein. Im Jahr 1920 sagten 35 Prozent der Männer Ja zum Frauenstimmrecht, sieben Jahre später sank der Ja-Stimmen-Anteil um fast sechs Prozent. Im Jahr 1946 waren 37,1 Prozent der abstimmenden Männer dafür, im Jahr 1954 nochmals sieben Prozent mehr und am 25. Juni 1966 endlich war eine grosse Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft: Mit 60 Prozent Ja-Stimmen wurde das Frauenstimmrecht angenommen. «Die in die Jahre gekommenen Gegenargumente wurden bis zuletzt von Ultragegnern vorgebracht, hatten dann aber die gewandelte Mehrheitsmeinung gegen sich», sagte Kreis.

Zur Feier dieses Durchbruchs vor 50 Jahren werden nun bis und mit Juni immer wieder Anlässe stattfinden. Es wird auch Gespräche mit Politikerinnen geben wie auch beispielsweise ein filmisches Manifest feministischer Kunst: Mehr als 30 Institutionen aus allen Interessensrichtungen planen über 60 Veranstaltungen.

www.frauenstimmrecht.ch

Basel. Auf dem «Campus Sport», hinter der St. Jakobshalle auf Münchensteiner Boden, soll ein Neubau für das Departement Sport, Bewegung und Gesundheit der Universität Basel entstehen. Um den Bau zu ermöglichen, beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Kreditsicherheitsgarantie von 22 Millionen Franken. Die Garantie deckt die Hälfte der Gesamtkosten von 44 Millionen Franken. Für die andere Hälfte soll Baselland durch eine Kreditsicherung sorgen. Der Neubau soll ausserhalb der Investitionsrechnungen der beiden Trägerkantone Basel-Stadt und Baselland durch eine Kreditaufnahme der Universität finanziert werden.

Wirz-von Planta tritt als Grossrätin zurück

Basel. Die Fraktionschefin der LDP, Christine Wirz-von Planta (71), hat auf den 21. April ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat eingereicht. Sie war 26 Jahre lang Grossrätin, von 1994 bis 1996 und dann wieder ab 2001. Wirz-von Planta präsidierte von 1989 bis 1996 die Liberalen und war von 2001 bis 2003 im Nationalrat. Gemäss Rücktrittsschreiben will sie einem jüngeren Amtsträger das Nachrücken ermöglichen. Im Herbst hätte sie aufgrund der Amtszeitbeschränkung nicht mehr zur Wiederwahl antreten können. Die Nachfolge ist noch nicht bekannt. Erster Nachrückender wäre gemäss der Wahlliste von 2012 der Bäckermeister René Brandl.

Strassburgerallee für acht Wochen gesperrt

Basel. In der Strassburgerallee müssen der Strassenbelag sowie die Strom- und Wasserleitungen saniert werden. Im Rahmen der Sanierung erstellt das Tiefbauamt auf beiden Seiten der Strassburgerallee separate Velostreifen. Ab 14. März bis Ende Mai ist deshalb die Strassburgerallee zwischen Burgfelder- und Hegenheimerstrasse nur noch Richtung Kannenfeldplatz befahrbar. Busse der Linien 38 und 31, die Richtung Bachgraben fahren, halten nicht mehr an der Haltestelle Blotzheimerstrasse. Gleichzeitig wird die Bushaltestelle Ensisheimerstrasse für die Busse in Richtung Bachgraben provisorisch in die Burgfelderstrasse verlegt.

Juso haben jetzt ein Co-Präsidium

Basel. Die Juso Basel-Stadt haben neu ein Co-Präsidium. An ihrer ausserordentlichen Jahresversammlung wählten die Mitglieder die Detailhandelsfachfrau Mirjam Kohler (22) und die Studentin Soziale Arbeit Jessica Brandenburger (23) zu neuen Jusopräsidentinnen, nachdem der bisherige Präsident Beda Baumgartner nach drei Jahren sein Amt abgegeben hatte.

Internationale «Woche des Gehirns»

Basel. Vom 13. bis zum 20. März findet in Basel die internationale «Woche des Gehirns» statt. An öffentlichen Veranstaltungen möchten Forschende dem Publikum die Vielschichtigkeit der Gehirnfunktionen näherbringen, das Verständnis für die Forschung fördern und ihre Faszination dafür weitergeben. Gleichzeitig zeigt das Anatomische Museum die Begleitausstellung «Interaktiver Blick ins Gehirn». www.unibas.ch

Glückwunsch

95. Geburtstag

Basel. Heute feiert Gertrud Genier im Alters- und Pflegeheim Johanner ihren 95. Geburtstag. Sie nimmt rege am dortigen gesellschaftlichen Leben teil und hält sich mit der BaZ über die Aktualität auf dem Laufenden. Wir schliessen uns den Gratulationen ihrer Familie an und wünschen unserer langjährigen Abonnentin alles Gute für das neue Lebensjahr. gratulationen@baz.ch